

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 16. November 2017**

Alte Fragen

<p>Nr. 69</p>	<p>Michaela Apel SPD</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Am 9. September 2017 ist das internationale Sommerfest geplant. In der Vergangenheit hatte es zu der Frage, wer der offizielle Veranstalter dieses Festes ist und wie sich dementsprechend Haftungsfragen usw. gestalten ein Rechtsgutachten gegeben, dass in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung gegeben worden ist.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Schlüsse hat der Magistrat aus dem Rechtsgutachten bzgl. der Durchführung und Organisation des internationalen Sommerfestes gezogen? 2. Auf welcher Rechtsgrundlage werden von den Standbetreibern des Internationalen Sommerfestes auch in diesem Jahr Standgebühren erhoben?
<p>Nr. 82</p>	<p>Nicole Röck-Knüttel CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage 78</p>	<p>An der Grorother Straße wurden Plakate der SPD aufgestellt. Bei den örtlichen Landwirten kam die Frage auf, warum das Aufstellen der Wahlplakate genehmigt wird, aber Ankündigungen für Hoffeste mit Verweis auf den Standort im Landschaftsschutzgebiet nicht genehmigt werden. Gleiches gilt für Werbeaufsteller der benachbarten Obstverkaufsstände, die lediglich viel kleiner ausfallen dürfen, weil die Kraftfahrer sonst abgelenkt werden würden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Warum sind Wahlplakate im Landschaftsschutzgebiet erlaubt, aber Ankündigungen für Feste bzw. für Obstverkaufsstände nicht? 2. Gibt es Untersuchungen darüber, dass Wahlplakate Kraftfahrer weniger ablenken als temporär aufgestellte Werbehinweise für Obstverkaufsstände?

<p>Nr. 95</p>	<p>Mechthilde Coigné L&P</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage 73</p>	<p>Wie ist der Sachstand hinsichtlich Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme Walhalla? Wann werden die im März angekündigten "eigentumsrechtlichen und statischen Angaben" sowie das als notwendig erachtete bauhistorische sowie das restauratorische Gutachten den Stadtverordneten vorgelegt? Wann wurden diese Gutachten beauftragt? Werden die notwendigen Angaben, Planungen und Kostenschätzungen wie angekündigt bis Ende des Jahres vorliegen? Wenn nicht, warum nicht und wann werden sie dann vorliegen?"</p>
<p>Nr. 80</p>	<p>Petermartin Oschmann fraktionslos</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Stadt Wiesbaden will nach dem Willen der Kooperationspartner die Bewirtschaftung ihres Stadtwaldes nach den Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council) fortsetzen. Verbunden ist dies mit einem aufwendigen Zertifizierungsverfahren.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist dem Magistrat die unter Verschuß gehaltene Studie des Landesbetriebes "Hessenforst" bekannt, die sich kritisch mit der FSC-Zertifizierung auseinandersetzt? 2. Teilt der Magistrat die nach Presseberichten in dieser Studie vertretene Auffassung, der ökologische Nutzen einer zusätzlichen Zertifizierung für den Wald sei zu gering und rechtfertige nicht ihren hohen Mehraufwand? 3. Sind dem Magistrat auch ökonomische Bedenken bekannt, die seitens der Holzabnehmer (Industrie und Sägewerke) geäußert werden, weil durch die Auflage von FSC, die Holzkette vom Wald bis zum Endverbraucher lückenlos nachzuweisen, höhere Kosten und großer bürokratischer Aufwand entstehen, die bei Abnahme dieses Rohstoffes nicht auf die Preise umgelegt werden können?
<p>Nr. 68</p>	<p>Nicole Röck-Knüttel CDU</p>	<p>Frage wurde zurückgezogen</p>
<p>Nr. 78</p>	<p>Wolfgang Gores CDU</p> <p>getauscht mit Frage 82</p>	<p>nach Tausch zurückgezogen</p>
<p>Nr. 84</p>	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Im Mai 2007 wurde ein integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept für ein Wohnquartier auf dem ehem. Industrieareal LINDE beschlossen. Im Juli 2016 stellte der Investor eine Planung vor, die 800 Wohnungen mit ca. 80.000 m² Wohnfläche vorsieht. Seitens der GWW wurde mitgeteilt, sie habe ein Teilgrundstück erworben und beabsichtige, dort 150 geförderte Wohnungen mit einer Wohnfläche von über 10.000 m² zu bauen. Für das 3. Quartal 2017 wurde die Verabschiedung eines Bebauungsplans angekündigt.</p>

		<p>Wie viele und welche Besitzer-/Investorenwechsel der Grundstücke hat es bislang gegeben? Wieso hat die Stadt nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht? Wie ist der derzeitige Stand in Bezug auf die Bebauung des Areals? Welche Maßnahmen kann und wird die Stadt ergreifen, um eine zeitnahe Bebauung zu gewährleisten? Unter welchen Bedingungen wäre ein Rückkauf des gesamten Geländes durch die Stadt bzw. stadteigene Gesellschaften möglich?</p>
Nr. 85	<p>Jörg Sobek L&P</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>"Im Einkauf liegt der Gewinn" heißt es und so finden sich - zum Nachteil der regelkonformen Betriebe - immer wieder Erzeuger, Händler und Gastronomen, die bewusst gegen Gesetze verstoßen. Die Folge sind Gammelfleisch, Rückstände von Antibiotika, Fipronil, Glykol, Herbiziden, Hormonen, Pestiziden, aber auch abgelaufene und umetikettierte Mindesthaltbarkeitsdaten, falsche Deklaration und irreführende Werbung, Mogelpackungen und pfandfreie Billigdosen. Im Interesse der Verbraucher ist eine systematische Überwachung erforderlich.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie ist die Lebensmittelüberwachung in Wiesbaden organisiert? 2. Wie viele Betriebe entfallen auf einen Kontrolleur? 3. Wie häufig werden verdachtsunabhängige Prüfungen durchgeführt? 4. Wie viele Verstöße wurden 2016 verzeichnet? Ist die Tendenz rückläufig oder zunehmend? 5. Wie kann sich der Verbraucher über geprüfte Betriebe informieren? Wie bewertet die Stadtverwaltung eine Kennzeichnung von Ladengeschäften z.B. nach einem Ampelsystem?
Nr. 92	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage 86</p>	<p>Auf der Website citybahnverbindet.de sind seit dem 11.10.2017 verschiedene Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Bau einer Stadtbahn zu finden. Unter anderem wird die Frage „Könnte das Geld nicht besser in Bildung oder andere Bereiche investiert werden?“ beantwortet. In der Antwort auf diese Frage wird nicht auf den Eigenanteil der Stadt Wiesbaden an Bau- und Betriebskosten eingegangen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wird die Stadt Wiesbaden keinen Eigenanteil an den Baukosten oder den Betriebskosten der geplanten Citybahn tragen müssen? Wenn doch, wie hoch wird dieser bis zum Jahr 2022 liegen? 2. Stimmt der Magistrat der Auffassung zu, dass bei einer anderen politischen Schwerpunktsetzung der unter

		<p>1. genannte Betrag auch in andere Bereiche, wie z.B. den Schulbau, investiert werden könnte?</p> <p>3. Hält der Magistrat die Beantwortung der Frage auf der o.g. Website, im Sinne einer transparenten und vollständigen Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über das Vorhaben, für gelungen?</p>
Nr. 87	<p>Lucas Schwalbach FDP</p> <p>Dez. V i.V.m. Dez.II z.w.V.</p>	<p>Die Aufteilung der Stadtpolizei in Verkehrsüberwachung und sonstige Ordnungsangelegenheiten hat in der Stadtbevölkerung für Verwirrung gesorgt. Bürgerinnen und Bürger haben mir berichtet, dass sie die neuen Zuständigkeiten nicht verstehen. Gleichzeitig berichtete die Presse, dass sich viele Bürger über mangelnde Parkausweiskontrollen beschwerten, was mit den Umstrukturierungen in der Verwaltung und damit einhergehendem Personalmangel in Verbindung gebracht wird.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Gesamtkosten fallen durch die Aufteilung der Stadtpolizei in Verkehrsüberwachung und sonstige Ordnungsangelegenheiten, insbesondere für die nötigen Umrüstungen in der Ausstattung (Dienstkleidung, Wagenkennzeichnung, Briefsiegel, etc.) an? 2. Wie gedenkt der Magistrat, die für die Bürger intransparenten Zuständigkeiten besser verständlich zu machen? 3. Hält der Magistrat die erfolgte Aufteilung für gelungen und beurteilt er die Aufspaltung als erfolgreich?

Neue Fragen

Nr. 89	<p>Dr. Eckhard Müller AfD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Bisher wurde öffentlich nie widersprochen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) Mitglied im „Wiesbadener Bündnis für Demokratie“ ist. Daraus folgt, dass sie automatisch alle Veröffentlichungen und Aktionen des Bündnisses mitträgt.</p> <p>Das Bündnis demonstrierte am 10.9. in Erbenheim gegen eine Veranstaltung der AfD Wiesbaden. Im Aufruf heißt es unter anderem, dass die AfD „demokratiefeindliche Gedanken und Ideologien“ vertritt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist die LHW Mitglied im Bündnis? 2. Falls ja, verletzt die LHW dann nicht die Neutralitätspflicht, wenn sie gegen die Veranstaltung einer demokratischen Partei demonstriert? 3. So die LHW die Rechte einer demokratisch
---------------	--	--

		<p>legitimierten Partei nicht in Frage stellt, wird sie den Verbleib im Bündnis überdenken oder ist sie der Meinung, dass die AfD Wiesbaden demokratiefeindliche Gedanken und Ideologien vertritt?</p> <p>4. Wie beurteilt die LHW die Sachbeschädigungen am Bürgerhaus im Vorfeld der o.g. Veranstaltung durch die sie selbst geschädigt wurde?</p>
Nr. 90	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Presseberichten ist zu entnehmen, dass ungefähr jede vierte Sportstunde an hessischen Schulen ausfällt, weil es keine ausreichenden Sportanlagen gibt. Auch fälle Schwimmunterricht aufgrund fehlender Schwimmbadkapazitäten aus.</p> <p>Ich frage deshalb den Magistrat:</p> <p>Wie viele im Lehrplan vorgesehene Sportstunden und Stunden für den Schwimmunterricht fielen im Schuljahr 2016/17 an Wiesbadener Schulen aus, weil nicht ausreichend Sportanlagen bzw. Schwimmbadkapazitäten zur Verfügung standen?</p>
Nr. 91	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Ist dem Magistrat bekannt, dass an der Erich-Kästner-Schule, verbundene Haupt- und Realschule der Landeshauptstadt Wiesbaden, die Toilettenanlagen durch marode Rohrleitungen seit längerer Zeit derartig desolat sind, dass sich die rechtswidrige Situation ergibt, dass rund 550 Schülerinnen und Schüler nur zwei funktionstüchtige Toiletten zur Verfügung stehen? Wann wird dieser unzumutbare und unerträgliche Missetand behoben?</p> <p>Wie wird seitens des Magistrats sichergestellt, dass solch eklatante Mängel vermieden bzw. unverzüglich abgestellt werden?</p> <p>Welche Dezernate bzw. Ämter sind hierfür verantwortlich?</p>
Nr. 86	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez.V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage 92</p>	<p>Die Rheinlandstr. ist eine wichtige Verbindungsstraße aus Sonnenberg zur B455 und zurück durch das amerikanische Wohngebiet. Sie befindet sich momentan in einem sehr schlechten Zustand. Es wurden in letzter Zeit kleine Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen, die den Zustand der Straße aber nicht wesentlich verbessern.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wann ist die Grundinstandsetzung der Straße geplant? 2. Ist es möglich auf Grund der Lage im amerikanischen Viertel Förderungen durch Bund oder Land zu erhalten?

<p>Nr. 93</p>	<p>Stefan Breuer SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die StVV hat mit Beschluss vom 17. Juli 2014 (Nr. 0249) den Magistrat beauftragt, einen Zuschussvertrag mit der Aartalbahn Infrastruktur gGmbH über die Bezuschussung ihrer Tätigkeit für die Instandhaltung der Strecke zu schließen. Dieser Beschluss wurde seither weder aufgehoben, noch hat die Stadtverordnetenversammlung Kenntnis über eine mögliche Erledigung der Sache.</p> <p>Der Auftrag gilt weiter fort und bindet den Magistrat auch in seiner Kommunikation nach außen. Dem Vernehmen nach wurde seitens der Stadt nunmehr jedoch gegenüber Dritten eine Auskunft erteilt, nach der die Stadt beabsichtigt, diesen Zuwendungsvertrag aufzuheben.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Ist es zutreffend, dass der Magistrat sich dahingehend mit Außenwirkung geäußert hat und - falls ja - gegenüber wem und auf welcher rechtlichen Grundlage bzw. mit welcher Legitimation ist eine solche der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung entgegenstehende Äußerung zu rechtfertigen?</p>
<p>Nr. 94</p>	<p>Aglaja Beyes L&P</p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>In der Presse der letzten Tage waren mehrfach Berichte zu lesen, wonach es Planungen gibt, in Wiesbaden eine Müllverbrennungsanlage zu errichten, obwohl es in Mainz eine derartige Anlage (unter indirekter Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden) mit freien Kapazitäten gibt. In einer Ausschreibung der städtischen MBA GmbH wurde als künftiger Anlieferungsort von städtischem Restmüll "im Falle eines Neubaus die Anlage des Bieters im Stadtgebiet Wiesbaden" genannt.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Trifft es zu, dass ein städtisches Grundstück an einen Investor veräußert oder eine Veräußerung zugesichert wurde oder eine Veräußerung erwogen wird, um im Stadtgebiet eine Müllverbrennungsanlage zu errichten? Um welches Grundstück handelt es sich hierbei? Wer ist Eigentümerin bzw. Voreigentümerin dieses Grundstücks? Gibt es bereits eine baurechtliche Beurteilung bzw. Bauvoranfrage für die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?</p>
<p>Nr. 73</p>	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>getauscht mit Frage 95</p>	<p>nach Tausch zurückgezogen</p>

<p>Nr. 96</p>	<p>Erika Wagner SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Das Schiller-Denkmal steht an der Rückseite des Hessischen Staatstheaters und ist Bestandteil des Landschaftsparks Warmer Damm. Derzeit ist die Grünfläche rund um das Denkmal in einem desolaten Zustand, ferner ist der Sockel des Denkmals durch Glasscherben verschmutzt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wer ist für die Pflege der Grünfläche rund um das Schillerdenkmal zuständig? 2. Sind die Schäden auch auf die Performance „Verbrannte Erde“ im Rahmen der Maifestspiele und/oder auf die ESWE-Eiszeit zurückzuführen? 3. Wann ist mit einer Behebung der Schäden an der Grünfläche sowie einer sachgerechten Präsentation des Denkmals zu rechnen? 4. Inwieweit gilt bei den Schäden das Verursacherprinzip und werden mögliche Kosten entsprechend Dritten in Rechnung gestellt?
<p>Nr. 97</p>	<p>Christian Bachmann FW/BLW</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Seit dem 1.1.2015 dürfen neben Leichtverpackungen auch alle stoffgleichen Nichtverpackungen, also alle Abfälle aus Kunststoff und Metall sowie Verbunde, über den gelben Wertstoffbehälter entsorgt werden. Ebenso wurde ein Modellversuch im Frühjahr 2015 zur Sammlung von Elektroschrott über Sammelcontainer gestartet. Mittlerweile sind mehr als zwei Jahre vergangen, vor einigen Wochen wurde noch auf Bundesebene mit einer „deutschlandweiten Wertstofftonne“ Wahlkampf betrieben.</p> <p>Daher frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie bewertet der Magistrat die Umstellung auf die Wertstofftonne? 2. Sind die dadurch anfallenden Mehrkosten von 1,25 Euro pro Einwohner kostendeckend oder ist zukünftig mit einer Kostensteigerung für die Stadt und/ oder ggf. für den Gebührenzahler zu rechnen? 3. Wie wurde der Modellversuch mit den Elektroschrottcontainern von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen und ist ggf. damit zu rechnen, die Standorte der Sammelcontainer auszuweiten?
<p>Nr. 98</p>	<p>Monika Becht FW/BLW</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Das Eckgrundstück An der Stadtmauer/Louis-Buchelt-Straße neben der Bäckerei Abt in Wiesbaden-Sonnenberg soll laut einem Bericht im Wiesbadener Kurier vom Februar 2017 bebaut werden.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie weit sind die Planungen für die Bebauung dieses Grundstücks fortgeschritten? 2. Hat die SEG dieses Grundstück bereits aufgekauft, wenn nicht, wann soll das geschehen? 3. Gibt es Probleme mit Nachbarn und Anwohnern, wenn ja, welche?